



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die „Kosten“ der Heeresvermehrung. In den Erörterungen über die deutschen Heeresvermehrungen, nicht erst die heurige, sondern alle seit der preussischen Konfliktzeit, spielt eine Hauptrolle die Abwägung der wirtschaftlichen Lasten, die die Regierung dem Volke anfügt. „Preußen — so hieß es — Deutschland — so heißt es — giebt jährlich so und soviel Millionen für Verteidigungszwecke aus; der Kopf der Bevölkerung ist also mit so und soviel Mark für Heeresausgaben belastet!“ Legt man das Zeitungsbblatt weg, so spürt man ordentlich die „Belastung,“ an die man in gewöhnlichen Zeiten eigentümlicherweise gar nicht denkt. Freilich: die siebenstelligen Ziffern stehen schwarz auf weiß im Reichshaushaltplan, die Steuern werden auch erhoben, also muß es mit der „Belastung“ doch seine Wichtigkeit haben. Man hat sich so an diese Rechnungsart der Wirtschaftspolitik gewöhnt, daß viele Leute thatsächlich zu glauben scheinen, Deutschland gebe Geld aus für sein Heer. Gesagt worden ist es wenigstens oft genug: vom Regierungstische aus, von den Reichsboten, in der Presse, in den Volksversammlungen, und vollends am Bierische. Freunde und Gegner der Militärvorlage unterscheiden sich eigentlich nur darin, daß die einen schweren Herzens die neuen Lasten auf sich nehmen wollen, die andern sie leichten Herzens für unerträglich und überflüssig erklären.

Haben wir denn alle eine Kappe vor den Augen? Sehen wir denn nicht, daß in Wahrheit das Heer dem deutschen Reiche, das doch als ein wirtschaftlicher Körper betrachtet werden muß, gar kein Geld kostet? Die Sache ist ganz einfach. Was das Heer braucht: Essen, Trinken, Kleidung, Wohnung, Pferde, Waffen, alles sind deutsche Erzeugnisse; ins Ausland wandern von den Etatmillionen nur ausnahmsweise kleine Beträge. Das Geld, das die Reichskassen an die Landesbewohner auszahlen, giebt Deutschland doch nicht aus; es wechselt wohl den augenblicklichen Besitzer innerhalb des Landes, das Land aber verliert es doch nicht! Es ist damit, wie mit dem Blutumlauf in unserm Körper; derselbe Blut tropfen pulst jetzt im Gehirn, nach kurzer Zeit im Herzen, in der Lunge, im Arm oder im Bein. Kreist das Blut zu langsam, so fröstelt uns; kreist es flott, so durchdringt den Körper wohligen Behagen. Das wirtschaftliche Blut des Landes ist das Geld; wandert es in lebhaftem Tempo vom Steuerzahler zur Reichskasse, von dieser zum Landwirt, Fabrikanten, Handwerker, so gedeiht Handel und Wandel. An wirtschaftlicher Fieberhitze haben wir erst einmal zu leiden gehabt, nach der unvorsichtigen Transfusion der französischen Milliarden; jetzt fröstelt uns.

Also die Frage, ob jährlich siebenzig Millionen mehr für Heereszwecke in den Reichshaushaltplan eingestellt werden sollen, bedeutet nicht, ob die siebenzig Millionen mehr ausgegeben werden, sondern ob sie mehr im Volke umlaufen sollen. Macht man sich die wohlthätigen Folgen des vermehrten Geldumlaufs klar, so verlieren die erhöhten Etatzziffern nicht nur alles Schreckhafte, sondern erscheinen geradezu als eine Wohlthat für die wirtschaftliche Volksgesundheit.

Nun ist es ja richtig: der einzelne Steuerzahler giebt zunächst das Geld her; er weiß nicht, und niemand kann es ihm durch Rechnung beweisen, wann er es wiedersteht oder wieviel. Daß es aber einmal wieder zurückkommt, unterliegt gleichwohl keinem Zweifel; freilich bei dem einen früher und reichlicher als bei dem andern. Die gerechte Regelung ist Sache einer weisen Finanzkunst. Aber auch

bei Ungeschicklichkeiten und Mißgriffen in der Form der Besteuerung bleibt die Thatfache unanfechtbar: die Ausgaben des Staats sind Einnahmen des Volks; eine Zahl hebt die andre; mit andern Worten: Deutschland giebt für sein Heer kein Geld aus.

Der wirkliche Aufwand ist ein anderer: der an Arbeitskraft; die Mannschaften des Friedensheeres sind der sogenannten produktiven Arbeit entzogen. Ist nun das eine Minderung des Volkswohlstandes?

Stünde es um unser wirtschaftliches Leben so, daß Deutschland nicht Hände genug hätte, seine eignen Bedürfnisse oder die Nachfrage anderer Völker nach unsern Erzeugnissen zu befriedigen, dann würde der Ertrag dem Volksvermögen verloren gehn, den die unter der Fahne stehenden Männer in ihrem bürgerlichen Berufe hätten erarbeiten können. Aber so steht es doch nicht. Alljährlich wandern hunderttausende aus Deutschland aus, weil ihnen die Heimat keine befriedigende Arbeit bietet; andre hunderttausende Arbeitwilliger begehren vergeblich Beschäftigung; an zweihunderttausend Landstreicher sollen im Reiche umherziehen. Also zu viel, nicht zu wenig arbeitsfähige Hände sind da. Und alle jene Arbeitslosen leben, wollen und sollen leben, von der Mildthätigkeit, von der Unterstützung anderer! Ein Vagabund bettelt und stiehlt sich einen größern Anteil an den Erträgen der nationalen Arbeit zusammen, als die Verpflegung des Soldaten in der Kaserne beträgt. Also an Arbeitskräften fehlt es uns nicht; wir können viel mehr Soldaten einstellen als jetzt, ohne daß der erreichbare Gesamtertrag der deutschen Nationalarbeit irgendwie geschmälert würde.

Allerdings, die vermehrte Rekrutenaushebung trifft viele junge Männer, insbesondere Landleute, die Arbeit haben oder schwer abkömmlich sind; andre, die müßig gehen, bleiben militärfrei. Aber wie die richtige Verteilung der Steuern eine Kunst ist, so auch eine wirtschaftliche Gesetzgebung, die den Überfluß an Arbeitskräften aus den Städten wieder aufs Land zurückleitet, wo es an Händen fehlt.

Der Reichstag möge ruhig mehr Soldaten und mehr Steuern bewilligen, aber gerechte; alle düstern Prophezeiungen vom wirtschaftlichen Niedergange des Volkes, alle Redensarten von unerschwinglichen Lasten werden gerade so zu Schanden werden, wie sie es seit den sechziger Jahren stets geworden sind, aus den eben erörterten ganz natürlichen Gründen.

Es wäre sehr zu wünschen, daß man durch die Nebelwand der Statziffern hindurch den Kern der Dinge sehen wollte. Dann würde die Sucht schwinden, „Ersparnisse“ zu machen, die wirklich eine Vergeudung sind. Da verweigert der Reichstag den Bau eines Kriegsschiffes, das als Ersatz für ein unbrauchbar gewordenes gefordert wird. Was ist die Folge? Die Arbeiter, die das Eisen dazu aus der Erde geholt, das Holz gezimmert, das Schiff gebaut haben würden, sie feiern; dennoch müssen sie in dieser oder jener Form vom Volke erhalten werden; ihre Arbeitskraft wird vergeudet. Statt des jetzt nicht gebauten Schiffes muß vielleicht dereinst, in der Not, eins im Auslande gekauft werden; das würde eine „Ausgabe“ sein, die dem Nationalvermögen verloren ginge. In Preußen streicht die Regierung ein Behtel der Gelder für die Fortbildungsschulen, setzt Hilfslehrer in Lehrerstellen, Assessoren in Richterstellen, um zu „sparen.“ Als ob die gezahlten Gehalte nicht sofort als belebende Blutstropfen wieder zu den Steuerzahlern zurückströmten, von der Erbitterung der mißhandelten und vom Staate ausgebeuteten Beamten gar nicht zu reden!

Je „schlechter die Zeiten“ sind, desto mehr Geld müßte der Staat in Umlauf bringen, nehmend und gebend. Was ist eine wirtschaftliche Krise anders, als

ein Stocken des Geldumlaufs? Niemand mag Geld ausgeben, weil er fürchtet, daß es seine Arbeitgeber oder Schuldner ebenso machen; der Kaufmann bestellt beim Fabrikanten keine Ware, weil er befürchtet, daß seine geldklammen Kunden sie ihm nicht abnehmen werden. Wer kann da besser eingreifen als der Staat und durch umfassende öffentliche Arbeiten den stockenden Geldstrom wieder in Gang bringen? Statt dessen heißt: Bei diesen schlechten Zeiten muß der Staat „sparen,“ d. h. den langsamen Blutumlauf noch mehr verzögern. Doktor Eisenbart!

Doch das sind alles nur Geldfragen; die Militärvorlage, die jetzt die Gemüter bewegt, bedeutet mehr. Das Heer ist die Hochschule für die körperliche und Charakterbildung des Volkes. Wehe uns Deutschen, wenn uns die alte germanische Waffenfreudigkeit verloren gehen sollte!

Es wird keine andre Last verlangt, als von jedem wehrfähigen Deutschen zwei oder drei Jahre seines Lebens, Jahre, die so vielen dann in der Erinnerung als Lichtpunkte das spätere oft freudlose Dasein erhellen. Alles, was sich um diesen Kern der Militärfrage an Geld- und wirtschaftlichen Schwierigkeiten herumgeballt hat, ist blauer Dunst, den geschickte Hände in der wirtschaftlichen und Steuergesetzgebung und der gesunde Sinn des Volkes hoffentlich noch zerstreuen werden.

Noch ein Wort zum Buchhändlerprozeß. Das in Heft 13 besprochene Urteil des Reichsgerichts giebt noch zu einem fernern Bedenken! Anlaß, dessen Bedeutung für unsre sozialpolitische Entwicklung nicht zu unterschätzen sein dürfte. Die Versuche einzelner Berufsstände, auf dem Wege der Selbsthilfe ihre Berufsehre dadurch zu wahren, daß die Genossen veranlaßt werden, den Geschäftsverkehr mit unwürdigen Berufsgenossen! abzubreaken, würden dadurch gelähmt werden. Ein Beispiel für die doch gewiß zu billigen Bestrebungen dieser Art ist wiederholt bei der Börsenenquete zur Sprache gekommen. Eine größere Anzahl Berliner Börsenfirmer haben sich zu einem Verein zusammengeschlossen, der auf dem Wege der Selbsthilfe gegen solche Börsianer vorgehen will, die sich mit den Angestellten bestimmter Firmen auf Börsengeschäfte einlassen. Der Verein will den Geschäftsverkehr mit den unsaubern Elementen abbrechen und diese dadurch möglichst unschädlich machen. Wenn nun aber der Vereinsvorstand diese unsaubern Elemente seinen Mitgliedern namhaft macht, so läuft er nach dem Reichsgerichtsurteil Gefahr, für schadensersatzpflichtig erklärt zu werden. Denn er greift in die „natürliche“ Entwicklung des Geschäftsverkehrs ein, auf die, nach der Ansicht des Reichsgerichts, jeder Geschäftsmann ein Recht hat. Ist so etwas wohl zu ertragen?

Krieg und Frieden. Am 28. Juli 1892 wurde die Kabinettsordre erlassen, nach der das älteste Drittel der höhern Lehrer den Professortitel, die beiden andern den Oberlehrertitel erhalten sollten. Die bisherigen ordentlichen Lehrer bekamen ihre Ernennung am 26. September. Die Mitteilung hat also doppelt soviel Zeit erfordert als der österreichische Krieg bis zum Nikolsburger Waffenstillstande. Die Professoren haben ihre Ernennung am 23. März erhalten. Demnach hat die Division durch drei sechzehn Tage länger gedauert als der französische Krieg bis zum Abschluß der Friedenspräliminarien am 26. Februar 1871. Da ging es im Zeitalter der Postkutsche doch noch schneller.

Zweierlei Maß für Einjährige. Während die Berechtigung zum einjährigen Dienst erst mit der Reife für Obersekunda erworben werden soll, kommt es in Städten, wo Departements-Prüfungskommissionen zusammentreten, nicht selten vor, daß sich Tertianer zur Prüfung melden, glänzend durchkommen und die Schule

ruhig weiter besuchen. Wenn die Jungen von selbst diesen kürzern Weg gefunden hätten, so verdiente ihre Schlaueit alle Anerkennung. Ganz anders aber sieht die Sache aus, wenn man erfährt, daß ihnen ihre Lehrer dazu raten, ja sogar helfen, und daß selbst die Aufsichtsbehörde nichts dagegen hat, daß auf derselben Bank zwei ganz verschiedene Klassen von Schülern sitzen, solche, die im Schweiß ihres Angesichts auf die Abschlußprüfung losarbeiten, und solche, die in dem Besitz der Berechtigung nur noch ein überlegnes Lächeln für diese Bemühungen haben. Schüler, die nicht in der Hauptstadt eines Regierungsbezirks wohnen, oder die den Weg hinten herum verschmähen, müssen sich über die Gerechtigkeit in der Schule ganz eigne Gedanken machen.



Litteratur

G. E. Lessings Übersetzungen aus dem Französischen Friedrichs des Großen und Voltaires. Im Auftrag der Gesellschaft für deutsche Litteratur herausgegeben von Erich Schmidt. Berlin, Wilhelm Herz, 1892

Lessings Übersetzungen haben auch in der jetzt von Munder besorgten Nachmannschen Ausgabe der Werke keinen Platz gefunden; hier erhält das litterarische Publikum nun wenigstens die Lessingsche Übersetzung von drei satirisch-politischen „Schreiben“ Friedrichs des Großen und von einer Auswahl aus Voltaires Schriften. Der junge Schriftsteller bewegt sich als unmittelbarer Diener der beiden großen Geister ziemlich steif; meist übersetzt er breitpurig, selten verrät ein glücklicher knapper Ausdruck das scharfe, bündige Denken, das wir als Lessings Eigentümlichkeit bewundern.

Für die Genauigkeit der Wiedergabe des alten Drucks bürgt der Name des Herausgebers; die Ausstattung des Buches ist geschmackvoll wie immer, wenn der Herzsche Verlag etwas auf den Markt bringt. Vorausgeschickt hat E. Schmidt ein kurzes, pikant geschriebenes, sachlich einführendes Vorwort, am Schlusse läßt er ein Verzeichnis von Lesarten und eines von „einigen Fremdwörtern“ folgen, die Lessing umgangen hat. Das letzte leidet unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß alle Fremdwörter von 1892 auch 1752 geläufig gewesen seien, und so erhält der Übersetzer vom Herausgeber den Vorwurf einer „puristischen Neigung.“ Auch das scheint E. Schmidt nicht beachtet zu haben, daß unsre Fremdwörter gegenüber dem Gebrauch in ihrer Heimat oft einen beschränkten Sinn haben: Lessing redet ganz richtig und schön von der „Quelle“ unsers mittelalterlichen Handels an Stelle des Voltairischen principe, das Fremdwort Prinzip gäbe einen ganz andern Sinn. Wozu also? fragen wir bei dieser flüchtigen Zusammenstellung in Bausch und Bogen; oder um feiner mit dem Herausgeber zu reden: ob sie einen Zweck hat, steht dahin. ^u

Der fahrenden Schüler Niederbuch. Eine Auswahl der Vagantengesänge in modernen Übertragungen mit einer Einführung in das Wesen und die Poesie der „Fahrenden“ von Karl Mischke. Berlin, P. Letto, 1893

Diese Übersetzungen sollen weitere Kreise mit den lateinischen Vagantentliedern der Stauferzeit bekannt machen, und diesen Zweck können sie wohl erfüllen. Der